

Entwurf

Landkreis Jerichower Land

Der Kreistag



Landkreis Jerichower Land – 39281 Burg – Postfach 11 31

Forderung zur Regulierung des Wolfsbestandes

Resolution an den Landtag und die Landesregierung Sachsen-Anhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Rainer Haseloff,

die Übergriffe auf Nutztiere und die Begegnungen mit dem Wolf haben im Gebiet des Landkreises rasant zugenommen und sind damit ein eindeutiges Indiz für eine hohe und stetig zunehmende Wolfspopulation in unserer Region.

Aufgrund der zunehmenden Konflikte hat sich der Kreistag des Landkreises Jerichower Land in den letzten Monaten verstärkt mit der "Wolfsproblematik" auseinandergesetzt und erhebt nach eingehender Beratung mit Vertretern der Bauernschaft, Landwirten und Jägern gegenüber dem Landtag und der Landesregierung die Forderung, rechtliche Regelungen zu treffen sowie Maßnahmen einzuleiten, die das jetzt zu beobachtende Anwachsen der Wolfspopulation in unserer Region auf ein vertretbares Maß regulieren.

Zahlreiche Vorkommnisse, insbesondere natürlich Wolfsrisse in verschiedenen Beständen, vorrangig bei Schafen und Kälbern, haben bei Landwirten und Jägern, wie der Bevölkerung im Allgemeinen, das Verständnis für den Wolf sinken lassen und erfordern, angesichts der Gefährdung der Tierbestände und der nicht unberechtigten Angst vor Übergriffen auf Menschen, Maßnahmen zum wirksamen Schutz von Mensch und Tier. Es kann und darf nicht sein, dass unsere Bevölkerung aus der teilweise berechtigten Angst vor Wolfsübergriffen den Wald als Erholungsstätte zunehmend meidet.

Bereits im Jahr 2017 hat der Kreistag des Landkreises Jerichower das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt mit einer Wolfsresolution auf die sich abzeichnende und sich jetzt bestätigende Entwicklung hingewiesen und ein zielgerichtetes Vorgehen gefordert.

Wir erneuern unsere damals gestellten und nach wie vor berechtigten Forderungen nachdrücklich und fordern das Land Sachsen-Anhalt erneut auf, wirkungsvolle Maßnahmen zur Eindämmung der sich unkontrolliert entwickelnden Wolfspopulation zu ergreifen.

Dazu sehen wir es als erforderlich an

1. dass das Land Sachsen-Anhalt alle Möglichkeiten ergreift, die Wolfspopulation auf ein vertretbares Maß zu begrenzen; die Ermittlung des "vertretbaren Maßes" sollte dabei im Einvernehmen mit den Betroffenen sowie unter Beachtung der regionalen Betroffenheit erfolgen,
2. dass sich das Land Sachsen-Anhalt für eine Statusänderung des Wolfes in der Flora-Habitat (FFH) Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG) von Anhang IV „streng geschützt“ zu Anhang V „bedingt geschützt“ einsetzt, verbunden mit der Möglichkeit des Verwaltungshandelns,
3. den Wolf mit Jagdzeiten und Abschussquoten in das Jagdrecht aufzunehmen, damit die Art jagdlich reguliert werden kann,
4. bis zur Überführung in das Jagdrecht die neue Regelung des § 45a Bundesnaturschutzgesetz zu nutzen und konsequent die sogenannten "Problemwölfe" zum Abschuss freizugeben,
5. dass das Bund- und länderübergreifenden Monitorings und Wolfsmanagements weiter ausgebaut und verbessert wird,
6. dass die Weidetierhalter künftig für ihre Mehraufwände bei Aufbau und Unterhaltung der wolfsbedingten Herdenschutzmaßnahmen auskömmlich finanziell unterstützt werden.

Angesichts steigender Wolfszahlen und der damit einhergehenden Probleme ist es wichtig, einen angemessenen Umgang mit dem Wolf zu finden, insbesondere um im ländlichen Raum die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern, bei den Landwirten und Jägern zu erhalten.

Dies kann nur erreicht werden, wenn der Wolf wieder lernt sich von Menschen und Nutztieren fernzuhalten, wenn die Herdenschutzmaßnahmen für die Landwirte praktikabel sind bzw. für die zusätzlichen Arbeiten finanzielle Entschädigungen geleistet werden und geschädigte Tierhalter einen Vollkostenausgleich erhalten. Zudem muss anerkannt werden, dass der Wolf aufgrund seines häufigen Vorkommens keines besonderen Schutzes mehr bedarf und eine Regulierung des Bestandes notwendig ist.

Wir erwarten daher von der Landesregierung, dass die von ihr zu verantwortenden Rechtsregelungen diesem Anliegen entsprechend genutzt bzw. angepasst werden und sich das Land auf bundespolitischer Ebene dafür einsetzt, den Rechtsrahmen für das Wolfsmanagement den aktuellen praktischen Erfordernissen anzupassen.

Burg, XX.XX.XXXX

Dr. Bauer
Vorsitzender des Kreistages

Dr. Burchhardt
Landrat